

In der Senatssitzung am 10. Dezember 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Kinder und Bildung

13.11.2024

Vorlage für die Sitzung des Senats am 10.12.2024

Änderung des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Juni 1959

A. Problem

In der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 23. bis 25. Oktober in Leipzig wurde zu TOP 14 „Änderung des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) vom 20. Juni 1959“ beschlossen, das Abkommen dahingehend zu ändern, dass künftig nicht mehr die Kündigung eines einzelnen Landes zur Folge hat, dass dadurch das Sekretariat in Gänze abzuwickeln ist. Stattdessen sollen im Fall einer Kündigung eines Landes die verbleibenden Länder innerhalb der Kündigungsfrist von einem Jahr über die Fortführung und die Aufgaben des Sekretariats sowie dessen Finanzierung entscheiden. Kommt eine Entscheidung innerhalb der Kündigungsfrist nicht zustande, tritt das Abkommen außer Kraft.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben die KMK gebeten, ein geändertes Abkommen zur Unterschrift vorzulegen. Dies ist mit Schreiben vom 11.11.2024 geschehen, s. Anlage.

B. Lösung

In Bremen bedarf es zur Unterschrift eines Bund-Länder oder Länderverwaltungsabkommens der Ermächtigung durch den Senat.

Die Unterschrift für den Senat der Freien Hansestadt Bremen erfolgt, durch den Präsidenten des Senats, der mit Beschluss des Senats hierzu ermächtigt wird.

Die Vereinbarung tritt in Kraft, sobald alle Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder das Abkommen unterzeichnet haben und die formalen parlamentarischen Voraussetzungen erfüllt sind.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung / Klimacheck

Die Änderung des Abkommens hat keine entsprechenden Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheits-gesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung über das zentrale Register nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

Eine umfassende Information der Öffentlichkeit wird im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Abkommens erfolgen.

Datenschutzrechtliche Belange sind nicht betroffen.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den Beschluss der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 23. bis 25. Oktober 2024 in Leipzig zu TOP 14 „Änderung des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) vom 20. Juni 1959“ zur Kenntnis.
2. Der Senat ermächtigt den Präsidenten des Senats für die Freie Hansestadt Bremen die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Anlagen:

1 Anschreiben der KMK und zweifache Ausführung des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Einmal im Original und einmal im Änderungsmodus

Sekretariat der Kultusministerkonferenz · Postfach 11 03 42 · 10833 Berlin

Der Generalsekretär

Herrn Ministerpräsidenten
Michael Kretschmer
Vorsitzender der
Ministerpräsidentenkonferenz
MPK-Geschäftsstelle
Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden

GeschZ Z/Projektkoordination
Strukturreform
Bearbeitung Ole Gerecke
Telefon +49 30 25418-458
E-Mail jens-ole.gerecke@kmk.org
www.kmk.org

Berlin, 11. November 2024

Änderung des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Juni 1959

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 23. bis 25. Oktober in Leipzig wurde zu TOP 14 „Änderung des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) vom 20. Juni 1959“ beschlossen, das Abkommen dahingehend zu ändern, dass künftig nicht mehr die Kündigung eines einzelnen Landes zur Folge hat, dass dadurch das Sekretariat in Gänze abzuwickeln ist.

Zudem haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder die KMK gebeten, ein geändertes Abkommen zur Unterschrift vorzulegen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und schicke Ihnen anliegend das geänderte Abkommen in Reinschrift. Beigefügt habe ich zudem eine Version zum Nachvollziehen der beschlossenen Änderung des § 6 Abs. 1.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Michallik

Anlagen

Abkommen über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

(Vom 20. Juni 1959,

§ 1 Abs. 5 und § 3 Abs. 3 geändert am 25.10.1991 durch Art. II des Abkommens der Länder über den Beitritt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Abkommen über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland,

§ 6 Abs. 1 geändert durch Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 23.-25.10.2024)

§ 1

- (1) Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister (Kultusministerkonferenz) und der in ihrem Rahmen verwalteten Einrichtungen stellt das Land Berlin eine Dienststelle als Sekretariat der Kultusministerkonferenz zur Verfügung.
- (2) Das Sekretariat hat seinen Sitz am Sitz der Bundesregierung.
- (3) Die Bediensteten des Sekretariats sind Bedienstete des Landes Berlin. Beamte und Angestellte werden auf Vorschlag der Kultusministerkonferenz eingestellt, ernannt und entlassen. Für den Vorschlag auf Ernennung und Entlassung des Leiters des Sekretariats (Generalsekretär) ist ein Beschluss des Plenums der Kultusministerkonferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder erforderlich.
- (4) Das Recht, dem Sekretariat fachliche Weisungen zu erteilen, steht dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz zu.
- (5) Der Generalsekretär und die anderen Bediensteten unterstehen der Dienstaufsicht des Senators für Wissenschaft und Forschung Berlin. Die Dienstaufsicht über die anderen Bediensteten übt der Senator für Wissenschaft und Forschung Berlin durch den Generalsekretär aus.

§ 2

Das Plenum der Kultusministerkonferenz stellt jährlich den Entwurf des Haushaltsvoranschlages des Sekretariats auf. Er bedarf der Zustimmung der Finanzminister der Länder mit Zweidrittelmehrheit.

§ 3

- (1) Das Land Berlin verpflichtet sich, in seinen Haushaltsplan das Sekretariat nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz und der Finanzminister (§ 2) aufzunehmen.

- (2) Die Länder verpflichten sich, dem Land Berlin den rechnungsmäßigen Zuschussbetrag anteilig zu erstatten. Der Anteil eines jeden Landes wird durch Umlage des rechnungsmäßigen Zuschussbetrages auf die einzelnen Länder zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis ihrer Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl ermittelt. Die Steuereinnahmen erhöhen oder vermindern sich um die Beträge, welche die Länder im Rahmen eines allgemeinen Finanzausgleichs von anderen Ländern erhalten oder an andere Länder abführen. Maßgebend sind die Steuereinnahmen des dem Haushaltsjahr 2 Jahre vorhergehenden Haushaltsjahres und die vom Statistischen Bundesamt für den 30. September desselben Jahres festgestellte Bevölkerungszahl.
- (3) Für die Bewirtschaftung der im Haushaltsplan ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben und für die Prüfung der Jahresrechnung sind die im Lande Berlin geltenden Vorschriften maßgebend. Das Land Berlin leitet nach Abschluss des Prüfungsverfahrens das Prüfungsergebnis der Kultusministerkonferenz zur Stellungnahme zu.

Der Senator für Wissenschaft und Forschung Berlin wirkt auf Wunsch der Kultusministerkonferenz darauf hin, dass bei der Beratung der Landeshaushaltsrechnung in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses auch Vertretern der Kultusministerkonferenz Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

§ 4

Das Land Berlin verpflichtet sich, mit Inkrafttreten dieses Abkommens in die mit den Bediensteten des Sekretariats bestehenden Dienstverhältnisse einzutreten.

§ 5

Das Land Berlin übernimmt mit Inkrafttreten dieses Abkommens die Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die Einrichtungsgegenstände und die Bücherei des Sekretariats.

§ 6

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr kann es jeweils zum Ende des Haushaltsjahres von jedem Land mit Wirkung für dieses Land gekündigt werden. Die verbleibenden Länder sollen innerhalb der vorgenannten Kündigungsfrist über die Fortführung und die Aufgaben des Sekretariats sowie dessen Finanzierung entscheiden. Kommt eine Entscheidung innerhalb der Kündigungsfrist nicht zustande, tritt das Abkommen außer Kraft.
- (2) Die Kündigung erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber den anderen Ländern.

§ 7

- (1) Tritt dieses Abkommen außer Kraft, so ist das Sekretariat aufzulösen. Die Bediensteten, die nicht durch Kündigung entlassen werden können, sind nach Möglichkeit von den Ländern in geeignete Verwaltungsbereiche zu übernehmen. Die Vorschriften des Landes Berlin über die beamtenrechtlichen Folgen bei der Auflösung von Behörden bleiben unberührt.
- (2) Die Länder sind verpflichtet, dem Lande Berlin alle in Ausführung dieses Abkommens entstehenden Aufwendungen für Verpflichtungen, die über das Ende des Abkommens hinaus bestehen bleiben, anteilig zu erstatten. Maßgebend ist das Verhältnis der Anteile nach § 3 Abs. 2 im Durchschnitt der letzten 5 Jahre vor dem Ende des Abkommens.
- (3) Über die Verwendung der Geschäftsräume und über das dem Sekretariat dienende Vermögen beschließen die Finanzminister und die Kultusminister der Länder gemeinsam mit Zweidrittelmehrheit.

§ 8

Dieses Abkommen tritt am 1. April 1960 in Kraft. Die von den Ländern ausgefertigten Urkunden dieses Abkommens werden bei der Senatskanzlei des Landes Berlin bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt.

[Ort], den [Datum]

Für das Land Baden-Württemberg

Für den Freistaat Bayern

Für das Land Berlin

Für das Land Brandenburg

Für die Freie Hansestadt Bremen

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

Für das Land Hessen

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern

Für das Land Niedersachsen

Für das Land Nordrhein-Westfalen

Für das Land Rheinland-Pfalz

Für das Saarland

Für den Freistaat Sachsen

Für das Land Sachsen-Anhalt

Für das Land Schleswig-Holstein

Für das Land Thüringen